

Rede von Willy Brandt über das Verhältnis der Ostpolitik zur westlichen Zusammenarbeit (Hamburg, 3. September 1970)

Legende: Am 3. September 1970 erläutert Willy Brandt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD), warum die Ostpolitik der Bundesregierung fest in der Zusammenarbeit mit den Staaten Westeuropas verankert ist.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 05.09.1970, Nr. 118. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Feste Verankerung der deutschen Ostpolitik in der westlichen Zusammenarbeit", auteur:Brandt, Willy , p. 1225-1228.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_das_verhaeltnis_der_ostpolitik_zur_westlichen_zusammenarbeit_hamburg_3_september_1970-de-fe509826-90ff-4603-b756-47bab7f4a1fc.html

Publication date: 03/07/2013

Feste Verankerung der deutschen Ostpolitik in der westlichen Zusammenarbeit

Atlantisches Bündnis und westeuropäische Partnerschaft als essentielle Voraussetzungen für einen Ausgleich mit dem Osten

Bundeskanzler Willy Brandt hielt beim 5. Treffen der deutsch-französischen Handwerkskammern in Hamburg am 3. September 1970 folgende Ansprache:

Meine Herren Präsidenten, Herr Bürgermeister, meine verehrten französischen Gäste, meine Damen und Herren!

Der Einladung, beim 5. Treffen der deutsch-französischen Handwerkskammern in Hamburg zu sprechen, bin ich gern gefolgt. Sie bietet mir eine willkommene Gelegenheit, vor einem sachverständigen und aufgeschlossenen internationalen Publikum zu einigen aktuellen Problemen Stellung zu nehmen, die die gemeinsame Zukunft Europas und besonders auch die Interessen unserer beiden Nachbarländer berühren. Für diese Gelegenheit sage ich Ihnen meinen Dank. Ich habe mich bei Ihnen, Herr Präsident Wild, zusätzlich dafür zu bedanken, daß Sie mich so freundlich in Ihrer Mitte hier aufgenommen haben. Ich weiß mich einig mit Ihnen, wo es um die, wie Sie gesagt haben, volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung des Handwerks in unserer Bundesrepublik und in unserem Europa geht, und ich habe es auch begrüßt, daß ich, bevor ich nun selbst zu einigen Fragen der aktuellen Politik Stellung nehme, etwas erfahren konnte von dem engen Zusammenwirken, das sich zwischen den Organisationen, den Kammern des Handwerks in Frankreich und bei uns entwickelt hat.

Partnerschaftliche Begegnungen wie dieses Treffen unterstreichen die erfreuliche Zusammenarbeit, die sich in den Jahren nach dem Krieg im europäischen Westen und vor allem zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland auf einer Vielzahl von Gebieten entwickelt hat. Die Bundesregierung begrüßt alle solche Kontakte, die über ihren sachlichen Nutzen hinaus der Verbesserung der menschlichen Beziehungen, der Völkerverständigung und damit der Sicherung des Friedens dienen.

In einer Zeit, in der verständlicherweise viel von unseren Bemühungen die Rede ist, das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn im Sinne eines friedlichen Nebeneinander und Miteinander neu zu ordnen, liegt mir daran, deutlich zu machen, welchen unverändert entscheidenden Wert wir der westlichen Zusammenarbeit beimessen. Unsere Ostpolitik basiert auf unserer Westpolitik, dies ist eine Tatsache und nicht eine Zweifelsfrage. Unsere Bemühungen um Verständigung und Zusammenarbeit nach Osten sind darauf ausgerichtet, ein Mehr an Frieden und Sicherheit für Europa zu erreichen. Sie kommen also auch der westlichen Zusammenarbeit zugute. Hier und da hat man vermutet oder befürchtet, es gebe einen Widerspruch zwischen dem Vertrag mit der Sowjetunion, der am 12. August unterzeichnet wurde, und unserer aktiven Teilnahme am westeuropäischen Einigungswerk und am Atlantischen Bündnis. Dies ist eine Beurteilung, die von falschen Voraussetzungen ausgeht. Ich will dies hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen:

Die Bundesrepublik Deutschland führt ihre Ostpolitik nicht als Wanderer zwischen den Welten, sondern in der festen Verankerung der westlichen Zusammenarbeit. Atlantisches Bündnis und westeuropäische Partnerschaft sind für uns essentielle Voraussetzungen für den Erfolg eines Ausgleichs mit dem Osten.

Es ist nicht verwunderlich, daß die weltpolitischen Wandlungen, deren Zeugen wir sind, nicht überall einheitlich beurteilt werden. Tatsache ist jedoch, daß unsere Politik mitgetragen wird von der Unterstützung und Sympathie unserer westlichen Partner. Ich möchte gerade vor diesem Forum die ständige Ermutigung und Unterstützung durch die französische Staatsführung hervorheben. Ihre zustimmenden Stellungnahmen in der Öffentlichkeit ebenso wie die Ratschläge, die uns in den zahlreichen deutsch-französischen Aussprachen zuteil wurden, wären für uns von großem Nutzen.

Dies gilt auch — im Gegensatz übrigens zu einigen Pressekommentaren — für die Worte von Präsident Pompidou anlässlich der Unterzeichnung unseres Vertrages mit der Sowjetunion. Ich weiß es wohl zu würdigen, wenn er unterstrich, daß über die deutsche Ostpolitik in den vergangenen Monaten eine intensive

und umfassende Abstimmung zwischen uns und unseren westlichen Verbündeten stattgefunden hat. Ich habe in dieser Äußerung eine erneute Bestätigung unserer grundsätzlichen Übereinstimmung gesehen. Das ist seitdem durch offizielle französische Äußerungen erneut unterstrichen worden. Entsprechend gilt dies für Washington und London, für Rom und die anderen westlichen Hauptstädte.

In der kurzen Ansprache an meine Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Hause, die ich, gestern vor drei Wochen abends aus Moskau hielt, da — und ich darf mich selbst zitieren — habe ich gesagt: „Der Vertrag beeinträchtigt in keiner Weise die feste Verankerung der Bundesrepublik und ihrer freien Gesellschaft im Bündnis des Westens. Die zuverlässige Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten bleibt ebenso gewahrt wie die Aussöhnung mit Frankreich. Es bleibt auch bei dem Willen, immer mehr Staaten Europas mit dem Ziel einer politischen Gemeinschaft immer enger aneinander zu binden.“

Die verantwortlichen sowjetischen Politiker sind sich über diese unsere Politik im klaren. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sie mit dem Westen insgesamt mehr Zusammenarbeit anstreben. Jedenfalls haben sie mir erklärt, daß es nicht in ihrer Absicht liege, das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu ihren westlichen Partnern zu verschlechtern. Unnötig zu sagen, daß wir dies im übrigen auch gar nicht zulassen würden.

Im Vertrag mit der Sowjetunion gehen beide Seiten von dem aus, was ist, und sind sich einig, daß die Grenzen der Staaten in Europa unter Einsatz von Machtmitteln nicht verletzt werden dürfen, wenn wir unseren Kontinent — und damit die Welt — nicht in einen neuen zerstörerischen Krieg stürzen wollen. Was in gegenseitiger Übereinstimmung der betroffenen Staaten vereinbart wird, liegt selbstverständlich außerhalb dieses Gewaltverzichts, wie es der Name schon sagt, von allem anderen abgesehen. Das Ziel der europäischen Politik, im gegenseitigen Einvernehmen den Charakter der Grenzen zu verändern, um der Einheit Raum zu schaffen, bleibt logischerweise legitim. Die Formulierung von der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa wurde in dem Vertrag ja bewußt auch deshalb gewählt, um unsere Politik der Verständigung über Grenzen und über sie hinweg nicht zu gefährden oder gar zu verbauen.

Für uns als Bundesrepublik Deutschland hat die westeuropäische Einigung nach wie vor eine besondere Priorität. Seit der Haager Konferenz im Dezember vergangenen Jahres — und ein wenig waren wir ja an ihrem Zustandekommen und ihrem Verlauf mitbeteiligt — befindet sich die Europäische Gemeinschaft in einer neuen Entwicklungsphase. Die dort in Den Haag vor einem dreiviertel Jahr vorgenommene Verknüpfung zwischen innerem Ausbau und Erweiterung hat viele Hindernisse der vergangenen Jahre aus dem Weg geräumt. Sie hat den Regierungen und den Gemeinschaftsinstitutionen einen gewissen Schwung zu neuen Initiativen gegeben. Diesen Schwung gilt es beizubehalten.

In den vergangenen neun Monaten sind, zumal gemessen an dem, was in den Jahren zuvor war, beachtliche Fortschritte erzielt worden. Die in den Römischen Verträgen vorgesehene zwölfjährige Übergangszeit wurde fristgerecht zur Jahreswende beendet. Die schwierige Finanzregelung wurde unter Dach und Fach gebracht. Die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen wurden, wie vereinbart, am 30. Juni eröffnet. Mit Großbritannien befindet sich die Gemeinschaft bereits in konkreten Einzelverhandlungen. Schließlich ist es auch gelungen, das Projekt einer politischen Zusammenarbeit zu neuem Leben zu erwecken.

In den nächsten Monaten stehen wir mit der Verabschiedung des Stufenplans zur Wirtschafts- und Währungsunion, der großen Aufgabe dieses Jahrzehnts, vor einem neuen entscheidenden Arbeitsabschnitt. Ich bin zuversichtlich, daß die Gemeinschaft hier zu einer Entscheidung gelangen wird, die eine fortschreitende Weiterentwicklung in Richtung auf das von allen Partnerstaaten erstrebte langfristige Ziel der europäischen Einheit gewährleistet. Die Bundesregierung wird das Ihre dazu tun. Wir haben zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion konkrete Vorstellungen entwickelt. Alles spricht dafür, in Etappen vorzugehen. Auf der anderen Seite gilt es zu erkennen, daß an irgendeiner Stelle in den kommenden Jahren ein qualitativer Sprung in Richtung auf die Begründung neuer gemeinsamer Kompetenzen notwendig sein wird und daß die Demokratisierung der Gemeinschaft dabei nicht zu kurz kommen darf.

Einige Stimmen hierzulande haben der Bundesregierung den Vorwurf gemacht, sie sei in ihrem Streben

nach Verständigung mit dem Osten von der Idee eines Vereinigten Europa abgerückt. Davon kann nun wirklich keine Rede sein. Nur meine ich, vom vielen Reden allein ist noch nichts Bedeutendes zustande gekommen. Die Organisierung des Friedens, die Einigung Europas, die Zusammenführung der Deutschen — das alles erfordert mehr als Beschwörungen, das alles erfordert gedankliche Klarheit, Durchstehvermögen und harte Arbeit.

Für die weitere westeuropäische Politik ist eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie von großer Bedeutung. Und wenn ich das sage, spreche ich eine Binsenwahrheit aus; aber auch das muß man zuweilen tun. Auf vielen anderen Gebieten — ich nenne hier nur die Agrar-, Sozial-, Regional- und Steuerpolitik — gilt es neue, nach vorn gerichtete Maßnahmen einzuleiten oder voranzutreiben. Fortfall der Dynamik würde Stillstand bedeuten. Stillstand kommt aber in einem Integrationsprozeß im Grunde auf Rückschritt hinaus.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, gerade hier in Hamburg und vor diesem Forum ist es angebracht, die Befriedigung der Bundesregierung darüber auszudrücken, daß der Beitritt Großbritanniens, Irlands, Norwegens, Dänemarks und die Herstellung von engen Verbindungen mit Staaten, die keinen Beitritt ins Auge fassen oder ins Auge fassen können, heute von allen Mitgliedstaaten gleichermaßen unterstützt wird. Wenn alle Beteiligten es wollen, werden die notwendigen Kompromisse gefunden werden können, und dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Erweiterung wird dann die Gemeinschaft — davon bin ich überzeugt — wirtschaftlich und politisch stärken und es ihr, auf etwas längere Sicht betrachtet, auch ermöglichen, eine größere Mitverantwortung für die Sicherung des Friedens in der Welt zu übernehmen. Ich habe die westeuropäische Einigung allerdings nie als Zitadelle aufgefaßt, in der wir uns gegen die Welt ringsum verschanzen. Das wäre töricht, wenn wir an das Verhältnis zu Amerika denken. Es wäre unklug mit dem Blick auf die Dritte Welt, die aus gutem Grund von uns Weltoffenheit erwartet. Das Europa der Sechs, der Zehn oder mehr darf aber auch nicht, was an ihm selbst liegt, gegen seine osteuropäischen Nachbarn stehen wollen. Eine gesamteuropäische Perspektive muß erhalten bleiben oder, wo sie verloren ging, wieder gewonnen werden.

Die friedliche Kooperation auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technologischem Gebiet, die die Sowjetunion heute wünscht und die auch die mit ihr verbundenen osteuropäischen Staaten anstreben, kann für alle — direkt oder indirekt — Beteiligten von Nutzen sein. Ich will jetzt nicht im einzelnen auf den blühenden Unsinn eingehen, der hier und da hierzu in den letzten Wochen produziert worden ist. Das wird mit der Zeit alles wieder zurecht gerückt werden. Schon heute sollte allerdings jedem klar sein, daß wir uns von unseren Interessen leiten lassen, so wie andere das auch tun. In Moskau weiß man, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Wohltätigkeitsverein ist. Kein vernünftiger Mensch erwartet, daß die Relationen unseres Außenhandels umgestülpt würden. Jeder weiß oder muß wissen, daß die weitere Entwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten des Ostens von der Grundlage unserer Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft ausgehen wird.

Die Bundesrepublik wird, wenn es nach mir geht, sich nicht übernehmen, und sie wird auch, wo es um osteuropäische, westeuropäische Kooperation geht, die westeuropäische Partnerschaft zum Tragen kommen lassen, wo immer dies möglich ist. Auch hierüber haben wir in Moskau freimütig gesprochen. Dabei hatte ich übrigens den Eindruck, daß meine Gesprächspartner den Gemeinsamen Markt in seiner gegenwärtigen und zukünftigen Form als eine Realität betrachten, als einen Bestandteil der wirklichen Lage, von der alle ausgehen sollten.

In Übereinstimmung mit dem Deutsch-Französischen Vertrag wird uns die enge Zusammenarbeit unserer beiden Länder gerade auch auf diesem Gebiet am Herzen liegen. Bei den letzten Konsultationen Anfang Juli in Bonn haben Staatspräsident Pompidou und ich vereinbart, daß sich unsere Länder im Hinblick auf die Kooperation mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten eng miteinander abstimmen — nicht erst nach der Unterzeichnung unseres Vertrages, sondern dies, wie manches andere, auch wenn man nicht jeden Tag davon geredet hat, lange vorher.

Eine politische Abstimmung, wie sie schon jahrelang zwischen Frankreich und uns mit durchweg guten

Ergebnissen praktiziert wird, gilt es nunmehr, zwischen allen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft zustande zu bringen. Durch die Arbeiten der Außenminister und ihrer Berater sind Fortschritte gemacht worden, auf denen man weiter aufbauen kann. Es wäre wünschenswert, wenn die vereinbarten regelmäßigen Konsultationen bald aufgenommen werden könnten. Die politischen Probleme, die uns in Europa gemeinsam angehen, machen eine sorgfältige Abstimmung erforderlich. Darüber hinaus gibt es bekanntlich außereuropäische Fragen, die uns in Westeuropa alle miteinander berühren und zu denen wir in unserem Interesse eine gemeinsame Linie erarbeiten sollten.

Es handelt sich darum, die Auffassungen einer Mehrzahl von Partnern auf einen Nenner zu bringen. Das läßt sich nur erreichen, wenn man pragmatisch und flexibel vorgeht. Es hat für einen handelnden Politiker im übrigen keinen Sinn, perfekt erscheinende Modelle auf dem Reißbrett zu entwerfen, die dann doch nur in den Akten verschwinden. Was wir brauchen, sind realistische Pläne, denen alle Partner zustimmen können, und Regelungen, die eine kontinuierliche Weiterentwicklung erlauben. Auch hier gilt, daß das Bessere der Feind des Guten ist, wie man nicht nur in Frankreich sagt.

Die Bedeutung, die das Atlantische Bündnis für uns besitzt, — ich darf dies noch einmal unterstreichen — hat sich durch die Aktivierung unserer Ostpolitik ebensowenig verändert wie die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft. Die Sicherheit der Bundesrepublik und des Westens ist — wenn man die Dinge vor allem über den Tag hinaus sieht — durch den Vertrag, der Drohung und Anwendung von Gewalt ausschließen soll, verbessert worden.

Jeder weitere Abbau von Spannungen kommt der Sicherung des Friedens zugute. Es wäre jedoch pure Illusion, wenn man glaubte, die Sicherheitsprobleme des Westens jetzt vernachlässigen zu können. Das Bündnis war in der Vergangenheit der Garant unserer Sicherheit, es gewährleistet sie in der Gegenwart; sein gemeinsamer Schutz ist auch für die Zukunft unerlässlich.

Die gemeinschaftlichen Bemühungen der westlichen Bündnispartner um einen Abbau der militärischen Konfrontation gehen nicht auf Kosten der westlichen Verteidigungsvorkehrungen, die es laufend zu verbessern gilt. Wir gehen davon aus, daß die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit — und dazu gehört auch insbesondere die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa — die Voraussetzung dafür ist, daß es auch im militärischen Bereich zu einer Entspannung kommt.

Wir sind aber mit unseren Verbündeten der Auffassung, daß durch ausgewogene schrittweise Rüstungsverminderungen ein Mehr an Sicherheit und Frieden in Europa erreicht werden könnte. Wir hoffen, daß der Vertrag mit der Sowjetunion nicht nur den Abschluß ähnlicher Abmachungen mit anderen, östlichen Nachbarn und auch der DDR erleichtert, sondern eben auch den Weg ebnet für einen Abbau der militärischen Rüstungen im Herzen Europas. Umgekehrt kann eine militärische Entspannung die Möglichkeiten des Ausgleichs und der Zusammenarbeit in anderen Bereichen fördern.

Die Kooperation — auch dies über den Tag hinaus gedacht und gesagt — zwischen West- und Osteuropa kann dazu führen, den Europäern wieder bewußt werden zu lassen, was sie trotz aller Trennung historisch und kulturell verbindet und daß es für diesen Kontinent zusammenführende Aufgaben gibt.

Für uns Deutsche — ich bin ganz sicher, daß unsere französischen Nachbarn und Freunde dies verstehen — verbindet sich damit das Bewußtsein der Einheit unseres Volkes, trotz Mauer und Stacheldraht. Diesem Bewußtsein wieder Raum zu schaffen, nachdem es, so wie die Dinge in der Welt lagen, durch eine über zwanzigjährige Abkapselung beider Teile Deutschlands zu ersticken drohte — auch darin liegt eine der Hoffnungen und, ich sage es ganz offen, auch der Bestrebungen, die sich mit unserer Ostpolitik verbinden. Daß in der akuten, in der gegenwärtigen Lage, befriedigenden Abmachungen über Berlin eine entscheidende Bedeutung zukommt, habe ich bei anderer Gelegenheit gesagt, und will ich an dieser Stelle nur noch einmal nachdrücklich unterstreichen.

Die Politik unseres französischen Nachbarn hat die Vision einer Ost und West umspannenden europäischen Friedensordnung nie aus ihrem Blickfeld verloren. Hierin liegt ein historisches Verdienst. Es entspricht den europäischen Notwendigkeiten, daß die Bundesrepublik Deutschland dem französischen Beispiel Beachtung

geschenkt hat. Aber lassen Sie mich auch in aller Deutlichkeit sagen: Es kann nicht darum gehen, irgend jemandem den Rang abzulaufen. Gerade in der nach Osten gerichteten Politik ist für uns Westeuropäer kein Raum für Rivalitäten und Konkurrenzneid. Die Größe der Aufgabe verlangt ein konzertiertes Vorgehen. Wir sind aufeinander angewiesen.

Die Bundesrepublik legt im Rahmen der westlichen Zusammenarbeit auf den Gleichklang mit Frankreich einen besonderen Wert. Die Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern ist eine der wichtigsten Realitäten der Nachkriegszeit. Sie ist inzwischen hüben und drüben in den Herzen der jungen Generation verankert; das gute Verhältnis der Regierungen ruht auf der Basis einer breiten Zustimmung unserer Völker. Die Menschen in unseren beiden Ländern wissen, daß ohne eine enge und vertrauensvolle deutsch-französische Zusammenarbeit die europäische Friedensordnung nicht denkbar ist.

Das Ergebnis und die Auswirkungen der Haager Gipfelkonferenz ebenso wie die Abstimmung zu den Ost-West-Fragen sind Beweis unseres gemeinsamen Willens in Paris und in Bonn, das Werk der europäischen Einigung nach unseren besten Kräften zu fördern. Darüber hinaus besteht auf beiden Seiten die Bereitschaft, den Deutsch-Französischen Vertrag von 1963 mit immer neuem Leben zu erfüllen. Der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturaustausch macht weiter erfreuliche Fortschritte. Dabei legen beide Regierungen einen entscheidenden Wert auf die Verbreiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie soll alle Zweige der Wirtschaft und alle Regionen unserer beiden Länder durchdringen. Zu diesem Zweck wollen die beiden Regierungen noch stärkere Anstrengungen als in der Vergangenheit machen.

Ich habe schon kurz nach der Bildung meiner Regierung für die mittelständische Wirtschaft ein deutsch-französisches Beratungsinstitut angeregt, um gerade auch kleineren und mittleren Betrieben bei der Aufnahme der Zusammenarbeit mit entsprechenden Unternehmen des Partnerlandes behilflich zu sein. Bei der letzten deutsch-französischen Konsultation Anfang Juli, also vor zwei Monaten, in Bonn haben wir beschlossen, zunächst den deutsch-französischen Industrieausschuß zu bitten, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Falls die mittelständische Industrie den Wunsch nach einer weitergehenden Initiative vorbringen sollte, so könnte vermutlich auch der mehrfach geäußerte Vorschlag aufgegriffen werden, der deutsch-französischen Handelskammer die Wahrnehmung dieser Aufgabe zu übertragen. Mir scheint es von den Formen abgesehen, über die an anderer Stelle zu sprechen ist, wichtig zu sein, daß die Kreise, die letztlich den Nutzen aus diesem Vorhaben ziehen sollen, auch das Instrument erhalten, von dem sie sich am meisten versprechen.

Präsident Wild hat von den Partnerschaften gesprochen zwischen den Handwerkskammern so wie es erfreulicherweise zahlreiche gute Partnerschaften zwischen den Städten gibt. Daneben ist — das klingt auch schon an — das Deutsch-Französische Jugendwerk zu einem festen, allen bekannten Bestandteil der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern geworden. Die stetige Zunahme des Jugendaustausches wird weit in die Zukunft hinein wirken. Ich freue mich, daß auch die Lehrlinge in französischen und deutschen Handwerksbetrieben in immer stärkerem Maße die Möglichkeiten des Austausches und des damit verbundenen gegenseitigen Kennenlernen nutzen können.

Wir wollen ein Europa des Friedens, der guten Nachbarschaft und des konstruktiven Miteinanders. Uns sind alle Bemühungen in allen Bereichen willkommen, die diesem Ziel dienen. Die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem französischen Handwerk, wie sie in den bereits zu einer festen Tradition gewordenen Treffen ihrer Handwerkskammern zum Ausdruck kommt, ist dafür ein ermutigendes Beispiel. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.